

Zwangsarbeiterforschung in Deutschland

Veranstalter: Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bonn; Stadtarchiv Bonn; Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Datum, Ort: 07.04.2006-08.04.2006, Bonn

Bericht von: Carina Haas, Kristina Wißborn, Andreas Pascal, Universität Bonn

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der ersten lokalhistorischen Studie zur Zwangsarbeit in Bonn, fand vom 7.-8. April im Haus der Geschichte in Bonn die Tagung „Zwangsarbeiterforschung in Deutschland“ statt. Diese wurde vom Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bonn und dem Stadtarchiv Bonn in Kooperation mit der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland veranstaltet. Ziel der Veranstaltung war es, das Beispiel Bonn im Kontext neuerer Untersuchungen zur Zwangsarbeit zu erläutern.

Dr. Manfred Grieger (Wolfsburg) beschäftigte sich in dem ersten Vortrag der Tagung „Der Betrieb als Ort der Zwangsarbeit“ mit der Rolle der Zwangsarbeiter in deutschen Betrieben. Besonders Augenmerk legte er dabei auf den Autohersteller Volkswagen. Auf Grund des Abzugs vieler deutscher Arbeiter ab 1937 zum Bau des Westwalls war die Produktion bei VW eingeschränkt. Daraufhin wurden zunächst italienische Wanderarbeiter eingesetzt, ab 1940 folgten dann polnische und später sowjetische Zwangsarbeiter. Mit ihrem Einsatz begann die ethnische Hierarchisierung der Belegschaft, an deren Spitze die Deutschen, gefolgt von Italienern und anderen „Westarbeitern“ und an deren Ende die Arbeiter aus der Sowjetunion („Ostarbeiter“) standen. Dadurch stiegen alle deutschen Arbeiter kollektiv auf. Jeder Deutsche hatte, unabhängig von seiner bisherigen Stellung, zahlreiche Untergebene. Dieser Umstand habe, so Grieger wesentlich zur Akzeptanz der Zwangsarbeit beigetragen. Insgesamt sei der Einsatz von Zwangsarbeitern kaum ethisch hinterfragt worden, sondern die „Moral der Effizienz“ die vor allem in der Rüstungsindustrie hohe Gewinne versprach habe sich durchgesetzt. Grieger wies außerdem darauf hin, dass sich an den Produktions- und Betriebssystemen im Unternehmen durch den Einsatz der Zwangsarbeiter nichts änderte und sich diese ohne weiteres eingliedern ließen.

Im zweiten Vortrag „Zwangsarbeit in der evangelischen Kirche am Beispiel der Rheinprovinz“

beschrieb Dr. Uwe Kaminsky (Düsseldorf) das Verhältnis zwischen Kirche und Zwangsarbeit. Kirchen beschäftigten Zwangsarbeiter in großer Zahl, wobei die Parteinähe der einzelnen kirchlichen Einrichtungen eine Voraussetzung für die Bewilligung und den Einsatz von Zwangsarbeitern war. Vornehmlich kamen dabei Frauen aus Osteuropa in der Pflege und Männer aus dem Westen in der Landwirtschaft zum Einsatz. Der Einsatz von Ausländern entlastete die deutschen Arbeitskräfte und förderte somit ihre Karriere.

Im dritten Beitrag „Kommunale Arbeitgeber und Zwangsarbeit am Beispiel Düsseldorfs“ widmete sich Joachim Schröder (Düsseldorf) der Zwangsarbeiter innerhalb der Düsseldorfer Stadtverwaltung. Seit 1938 herrschte in der dortigen Stadtverwaltung Arbeitskräftemangel, der sich im Laufe des Krieges verschärfte, daher wurden Zwangsarbeiter eingesetzt. Besonders auffällig war dabei die gute Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und den anderen Behörden, wie der Gestapo, dem Arbeitsamt und der Gauleitung. Nach Beginn der alliierten Bombenangriffe 1941 stieg die Zahl der Zwangsarbeiter drastisch an. Für besonders gefährliche Arbeiten, wie Schuttwegräumen, wurden russische Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge aus Buchenwald eingesetzt. Die Westarbeiter wurden dagegen im Nahverkehr, zum Beispiel als Bahnfahrer eingesetzt. Die Stadtverwaltung war der größte Arbeitgeber von Zwangsarbeitern in Düsseldorf. Die allgemeinen Lebensbedingungen waren katastrophal.

Prof. Dr. Lill (Bonn) sprach im vierten Vortrag über „Arbeiter und Militärinternierte aus Italien“. Die italienischen Arbeiter hatten bis 1943 einen Sonderstatus innerhalb der Westarbeiter. Sie bekamen individuelle Arbeitsverträge auf Zeit und konnten jederzeit zurück. Die Situation der Italiener verschlechterte sich allerdings zunehmend. Nach der Einigung Italiens mit den Westmächten im September 1943 gerieten Italiener als Militärinternierte in deutsche Kriegsgefangenschaft und damit in die Zwangsarbeit. In der rassistischen Hierarchie, der die Deutschen die Zwangsarbeiter unterwarfen, standen sie ab diesem Zeitpunkt unterhalb der polnischen Zwangsarbeiter. Außerdem warf Lill die Frage nach der Kontinuität zwischen Zwangsarbeitern und späteren „Gastarbeitern“ auf.

Im fünften Beitrag widmete sich Prof. Dr. Albert Kotowski (Bonn) der „Rekrutierung der Zwangsarbeiter im besetzten Polen“. Noch während der ersten Kriegshandlungen kam es dort zur wilden Re-

krutierung von Zwangsarbeitern um die Landwirtschaft im Reichgebiet aufrecht zu erhalten und das Einfahren der späten Ernte noch zu ermöglichen. Bezeichnend für den Stellenwert der Zwangsarbeit war, dass Arbeitsämter die ersten deutschen Behörden im Generalgouvernement waren. Zum Teil kamen sie bereits mit dem vorrückenden Militär ins Land. Die Ämter führten eine Arbeitspflicht für bestimmte Altersgruppen ein, deren Spanne jedoch während des Kriegsverlaufs immer weiter ausgedehnt wurde. Bei der Durchsetzung dieser Arbeitspflicht waren diese Arbeitsämter mit weit reichenden Befugnissen ausgestattet und konnten bei Nichtbefolgung Strafen verhängen. Es wurde zwar zunächst die „freiwillige“ Anwerbung von Arbeitern bevorzugt, da man sich hierdurch bessere Arbeitsleistungen versprach. Dennoch wurde schon bald klar, dass sich in den geforderten Größenordnungen trotz Propagandamaßnahmen keine freiwilligen Arbeitskräfte melden würden. Daraufhin beschloss das NS-Regime die Durchsetzung der Arbeitspflicht durch die Polizei und die SS. Als Konsequenz für Arbeitsunwillige drohte die Einweisung ins Zuchthaus oder ins KZ.

Andrea Renner-Palat (Freiburg) erläuterte „die rechtliche Lage der polnischen Zwangsarbeiter 1939-1945“. Für die polnischen Zwangsarbeiter in Deutschland galt neben dem deutschen Strafrecht die „Polenstrafrechtsverordnung“. Diese Polenstrafrechtsverordnung galt zunächst nur in den angegliederten Ostgebieten und wurde erst später auf das gesamte Reichsgebiet ausgedehnt. Dennoch verlor die Polizeiordnung nicht ihre Gültigkeit. Durch das Nebeneinanderstellen von Verordnungen war der Willkür Tür und Tor geöffnet, zumal die Justiz zwischen Nachgiebigkeit und vorausseilendem Gehorsam schwankte und, um ihre Kompetenzen nicht an die Polizei zu verlieren, oftmals übertrieben hart urteilte.

Der Leiter des Stadtarchivs in Bergisch Gladbach Dr. Albert Eßer stellte die Quellen zur Geschichte der Zwangsarbeiter in Bergisch Gladbach vor. Eine Sonderstellung hatte die Stadt durch die lange Frontsituation in den letzten Kriegswochen. Während das linksrheinische Köln bereits unter der Herrschaft der Alliierten stand, wurde Bergisch-Gladbach noch einige Wochen lang von der Wehrmacht gehalten. In dieser Situation kam es zu außergewöhnlichen Brutalitäten gegen Zwangsarbeiter, die laut dem Referenten „noch im kollektiven Gedächtnis verwurzelt“ sind.

Am zweiten Tagungstag rückte die Situation der

Zwangsarbeiter in Bonn in den Focus der Tagung. Julia Hildt (Bonn) referierte über „Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion in Bonn“. Die Besonderheit Bonns lag darin, dass es in und um Bonn kaum Rüstungsindustrie, dafür aber viel Landwirtschaft und zahlreiche Beamte, gab. Daher gab es einen hohen Bedarf an landwirtschaftlichen Hilfskräften sowie an Dienstboten und Haushaltshilfen. Die größte Abhängigkeit vom Arbeitgeber bestand bei den Haushaltshilfen, sie bargen auch ein großes Risiko für die Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen. Sexuelle Beziehungen wurden sanktioniert, wobei die Strafen für Männer und Frauen unterschiedlich waren. Die Leichen der wegen so genannter „GV-Verbrechen“ hingerichteten Ostarbeiter wurden am Anatomischen Institut der Universität Bonn für die Lehre verwendet. In dieser Hinsicht konnte das Leichenbuch des Anatomischen Institutes der Universität Bonn als neue Quelle zur Geschichte der Zwangsarbeit erschlossen werden.

Jolanta Altman-Radwanska (Bonn) schloss mit ihrem Vortrag „Polnische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Bonn 1940-1945“ an die Thematik der Ostarbeiter in Bonn an. Der größte Arbeitgeber von polnischen Zwangsarbeitern in Bonn war die Jutespinnerei im Stadtteil Beuel. Die Jutespinnerei bezog ihre Arbeiter direkt aus zwei polnischen Städten. Von 1939-1945 waren 2300 polnische Zwangsarbeiter und 3200 polnische Kriegsgefangene in Bonn. Eines der größten Lager befand sich auf dem Hartberg. Die Bedingungen für Zwangsarbeiter aus Polen oder anderen Ländern waren unterschiedlich. Auf dem Hartberg waren auch Absolventen der polnischen Militärakademie untergebracht. Diese versuchte die Lagerführung vergebens dazu zu bringen auf ihren Militärstatus zu verzichten. Damit sollten sie auch den Regelungen der Genfer Konvention entzogen werden.

„Westeuropäische Arbeiter, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in Bonn“ lautete der letzte Vortrag der Tagung von Prof. Dr. Joachim Scholtyseck (Bonn). Beim Begriff Zwangsarbeiter wird meist eher an Ostarbeiter als an Westarbeiter gedacht, obwohl deren Zahl nicht zu vernachlässigen ist, insgesamt waren während der Kriegsjahre 650000 Franzosen und 200000 Belgier und Niederländer in Deutschland eingesetzt. Der hohe Anteil der Belgier und Niederländer ist im Westen auf die geographische Nähe zurückzuführen. Bis 1941 kamen viele freiwillig. Viele blieben auch wäh-

rend des Krieges freiwillig, da sie bei ihrer Rückkehr als Kollaborateure gebrandmarkt worden wären. Westarbeiter genossen gegenüber den Ostarbeitern größere Freiheiten, so durften sie Spaziergänge unternehmen oder Oper und Kino besuchen. Ebenso lebten sie weniger isoliert von den Deutschen als die Ostarbeiter und waren daher weniger an den Plünderungen und Vergewaltigungen nach Kriegsende beteiligt. Nach der Rückkehr wiesen viele von ihnen Entfremdungserscheinungen auf und hatten mit der Integration größere Schwierigkeiten als erwartet.

In der Abschlussdiskussion wurde, anknüpfend an den Gedanken der unterschiedlichen Behandlung von Ost- und Westarbeitern, darüber diskutiert, wie sich das Verhältnis der Zwangsarbeiter verschiedener Nationalitäten zueinander gestaltete. Auch in diesem Punkt gab es keine eindeutige Linie. Teils traten Nationalitätenkonflikte auch unter den Zwangsarbeitern auf. So gab es beispielsweise Spannungen zwischen Franzosen und Italienern, die durch den aktuellen Kriegsverlauf begründet waren. Es traten aber auch historisch begründete Spannungen wie die zwischen Polen, Russen und Ukrainern auf. Letztere fielen in der Situation der Zwangsarbeit meist abgemildert aus, weil die Zwangsarbeiter größtenteils noch sehr jung und daher von den Nationalitätenkonflikten ihrer Heimatländer weniger geprägt waren. Im weiteren Verlauf der Abschlussdiskussion traten noch einmal einige Desiderata der Zwangsarbeiterforschung deutlich hervor. Beinahe unlösbar schien beispielsweise das Problem der Unterscheidung zwischen freiwilliger und unter Zwang geleisteter Arbeit. Die jeweiligen Motive oder Zwänge (wie ökonomische Not), die auf den einzelnen Arbeiter einwirkten zu rekonstruieren, erwies sich als sehr komplex. Die Erinnerungen der einzelnen Personen gelten dabei als schwer zu erschließende Quelle. Sie sind häufig durch Traumata oder der Angst vor dem Kollaborationsverdacht geprägt oder werden gar nicht erst preisgegeben. Als problematisch wurde auch die Quellenlage bei der Rekonstruktion der Schicksale von Zwangsarbeiterinnen und ihren Kindern erachtet. Dabei stellte vor allem der Datenschutz eine Einschränkung dar, mit der in der Forschung mit gebührendem Respekt umgegangen werden muss. Als noch weitestgehend von der Forschung unerschlossenes Gebiet wurde die Zwangsarbeit bezeichnet, die im von Deutschland besetzten Ausland verrichtet wurde. Als Grund dafür erscheint vor allem das kaum vor-

handene Interesse der betroffenen Länder an diesem Teil ihrer Geschichte.

Neben der Feststellung dieser Forschungslücken schaffte es der Kongress, einen Eindruck von der Vielschichtigkeit zu geben, mit der die Zwangsarbeitsforschung konfrontiert ist. Eine weitere Beschäftigung mit dem Thema findet in Bonn in Form eines studentischen Workshops an der Abteilung für Osteuropäische Geschichte des Institutes für Geschichtswissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn statt. Unter dem Titel „Zwangsarbeiter aus Osteuropa in Bonn (1939-1945)“ soll vom 6. bis zum 8. Juli 2006 eine Vertiefung der lokalgeschichtlichen Perspektive auf die Geschichte der Zwangsarbeit anhand der Quellen stattfinden.

Tagungsbericht *Zwangsarbeiterforschung in Deutschland*. 07.04.2006-08.04.2006, Bonn. In: H-Soz-u-Kult 14.07.2006.